

Nachruf

Joachim Jens Hesse, 20.11.1942 – 17.02.2018

Am 17. Februar 2018 verstarb Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Jens Hesse. Trotz angegriffener Gesundheit hatte er sich noch größere Projekte vorgenommen wie die 11. Auflage des „Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland“ oder eine Studie zum europäischen Kartellrecht. Er wurde förmlich aus seiner Arbeit herausgerissen.

Mit Hesses Tod verliert die ZSE nicht nur ihren Motor, sondern auch ihren „spiritus rector“. Zugleich aber geht auch den Politik- und Verwaltungswissenschaften eine wichtige Stimme des Transfers von Wissenschaft in politisch-administrative Praxis verloren. Publikationsforen wie die ZSE oder Hesses Schriftenreihe „Staatsreform in Deutschland und Europa“ belegen, dass es wenige Persönlichkeiten seiner Profession gibt, die ihn in der Breite des thematischen Ansatzes, in der kraftvollen Weise der Akquisition von hochrangigen Beiträgen und in der weiten Vernetzung in Wissenschaft und Politik ersetzen können. Seine wissenschaftliche Arbeit hat in Politik und Praxis von Staat und Kommunen Anerkennung gefunden, und sein Engagement in der Beratung wird hier deutlich spürbar werden. Seine klare, scharfsinnige Sicht auf politisch-administrative Probleme, sein differenziertes Urteilsvermögen und seine Bereitschaft, sich gelegentlich auch gegen herrschende Meinungen zu stemmen, werden uns fehlen, auch wenn er durch Kritik und schnelles Urteilen mit seinen Mitmenschen nicht immer freundlich umging und gelegentlich auch die Zuneigung seiner Kollegen aufs Spiel setzte.

Joachim Jens Hesse, am 20. November 1942 in Berlin geboren, studierte Volkswirtschaft, öffentliches Recht und Politikwissenschaft in Berlin, Göttingen, Kiel und Köln. Über ein Promotionsstipendium ging er 1967/68 in die USA (New York University, Harvard) und war danach im Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrum (heute Difu) unter dem Kölner Finanzwissenschaftler Karl-Heinrich Hansmeyer Forschungsassistent im Bereich Finanzwissenschaften. 1972 schloss er seine Promotion mit einer Arbeit über Stadtentwicklungsplanung ab. 1972/73 wurde er Professor für Staats- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz, 1976 wechselte er auf einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft in Duisburg, 1983 ging er nach Speyer und trat 1988 die Ford-Monnet-

Professur für *Comparative Government and European Policy* am Nuffield College/Oxford an. 1997 kehrte er nach Deutschland zurück, um an der FU Berlin den Lehrstuhl für Innenpolitik, vergleichende Regierungslehre und Europäische Politik zu übernehmen. Darüber hinaus nahm er Gastprofessuren u. a. am Europakolleg in Brügge und an der Graduate School of Law and Politics der University of Tokyo wahr, hatte Fellowships an verschiedenen Centres for Advanced Studies inne (Budapest, Kyoto, NIAS Wassenar, FRIAS Freiburg) und war lange Zeit stellvertretender Vorsitzender des Zentralen Auswahlausschusses der Alexander-von-Humboldt-Stiftung. Auszeichnungen für Forschungsleistungen u. a. durch die Vergabe der Ehrendoktorwürde durch die Masaryk-Universität Brünn (2008) folgten.

Allein dieser Werdegang zeigt Hesses hohen Grad wissenschaftlicher Vernetzung und Dialogfähigkeit. Aber sein eigentliches Interesse galt weniger der selbst-referentiellen akademischen Diskussion als vielmehr der interdisziplinären Auseinandersetzung und insbesondere dem Transfer von Wissenschaft in die Praxis von Politik und Verwaltung. Seine Forschungen waren deshalb auch weniger auf die „reine“ Politik- oder Verwaltungswissenschaft gerichtet als vielmehr darauf zu verstehen, wie die politisch-administrativen Systeme von Kommunen, Staat und Europäischer Union praktisch funktionieren. Dem dienten sein Engagement in der Initiierung der Schriftenreihen „Forum Zukunft“ (1988-91) und „Staatsreform in Deutschland und Europa“, seine Gründungsinitiativen für die interdisziplinären Zeitschriften „Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft“ (ab 1987), „Staatswissenschaften und Staatspraxis“ (ab 1990) resp. der ZSE (ab 2003) und seine Funktion als Mitherausgeber internationaler Zeitschriften wie „Public Administration“, „Journal of Contingencies and Crisis Management“ oder „Australian Journal of Public Management“. Auch die Gründung von empirisch und praxisbezogenen arbeitenden Forschungs-Instituten in Duisburg (Rhein-Ruhr Institut für Sozialforschung und Politikberatung ab 1977) und Berlin (Europäisches Zentrum für Staatswissenschaften und Staatspraxis 1998) sowie des Internationalen Instituts für Staats- und Europawissenschaften (ISE), das er bis zu seinem Tod leitete, gehören in diesen Kontext.

Was zeichnete Hesses wissenschaftliche Arbeit aus? Neben der Vielfalt bearbeiteter Themen ist es vor allem die beeindruckende analytische Kraft der Argumentation, Hesses profundes Wissen über die Arbeitsweise politisch-administrativer Systeme, der Faktenreichtum seiner Publikationen, die Klarheit seiner Aussagen, vor allem in seinen Äußerungen zur Staats- und Europapolitik in der ZSE und insbesondere die anregende interdisziplinäre Sicht („crossing

borders“) auf politisch-administrative Probleme. Auch seine Fähigkeit, relevante Themen frühzeitig zu erfassen und seine Bereitschaft, sich immer wieder neuen thematischen Herausforderungen zu stellen, sollen nicht unerwähnt bleiben. Seine Arbeitsfelder reichen von Kommunalpolitik, Regionalpolitik, Raumplanung über Gebiets- und Verwaltungsreformen in fast allen deutschen Ländern, Staats- und Verwaltungsreformen in den sog. Transformationsländern (u. a. Polen, Ungarn, baltische Republiken), Mitwirkung in der Föderalismusreform-Kommission II, Gutachten zur Trägerschaftsregelung nach dem SGB II oder zur Bundeswehrreform bis hin zu Studien über Bürokratie in Entwicklungsländern.

Inhaltlich lagen Hesses Stärken, die durch zahlreiche Publikationen belegt sind, in Fragen der kommunalen Gebiets- und Verwaltungsreform, der vergleichenden Staatswissenschaften und im internationalen Austausch zu Fragen der Europäischen Integration.

Wenn Hesse in letzter Zeit in der nationalen Politik- und Verwaltungswissenschaft weniger wahrgenommen wurde – nachdem er noch in den 1980er Jahren dem Vorstand der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft angehörte und für den Leibniz- und den Max-Planck-Forschungspreis vorgeschlagen wurde –, dann vor allem deshalb, weil er sehr viel stärker den Austausch mit internationalen Foren suchte und sich auf den Wissenschaft-Praxis-Transfer konzentrierte, der schlecht in die Muster deutscher wissenschaftlicher Foren passte.

Dennoch: Die deutschen Politik- und Verwaltungswissenschaften verdanken Hesse viel, insbesondere auch, dass er die staatswissenschaftliche Tradition wiederbelebte und mit zahlreichen eigenen Untersuchungen befruchtete. Ihm ging es dabei nicht nur um die Institution Staat, sondern um das Konzept des „arbeitenden Staates“, das die Staatswissenschaft auch für die praktische Politik wieder relevant machen sollte. Das in der Nachfolge von Thomas Ellwein von ihm verantwortete „Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland“ und die von ihm zu hohem Ansehen gebrachte ZSE sind dafür der beste Beleg. Umso bedauerlicher ist es, dass es ihm in Deutschland später immer weniger gelang, für sein Potenzial die notwendige Resonanz in seiner Profession zu finden, und er letztlich ein „Solitär“ blieb.

Prof. Dr. Dietrich Fürst,
Leibniz Universität Hannover